

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Beizergeld 16.— M., bei Selbstabholung 14.— M. — Preis der Einzelnummer 70 Pfennig
Telephon für Kontor und Expedition: 22721 und 24596
Postfachkonto Nr. 53477 :: :: Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Taubacher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Taubacher Straße 19/21 — Telephon 24596

Inseratenpreise: Die halboffene Kolonellselbe oder deren Raum 4.— M., bei Platzvorkauf 4.80 M.; Familiennachrichten, die halboffene Zeile 3.20 M., Kellame-Kolonellselbe 16.— M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 22721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Weiteres Anziehen der Getreidepreise Auswucherung des Volkes durch die Agrarier.

Wir berichteten bereits gestern über ein starkes Ansteigen der Getreidepreise an der Produktionsbörse zu Berlin. In den letzten Tagen ist eine erneute starke Aufwärtsbewegung festzustellen, indem am 1. März 1922 der Zentner Weizen mit 610—615 M. notierte. Mährischer Roggen keierte auf 461—468 M. Weizenmehl, das am 20. Dezember 1921 noch zu 800—900 M. pro Doppelzentner käuflich war, kostete am 1. März 1922 1470—1570 M.; Roggenmehl 1080—1100 M. gegenüber 660—720 M. am 20. Dezember 1921.

Demzufolge werden die Brotpreise in absehbarer Zeit weiter steigen, so daß der von uns gestern gemeldete kommende Brotpreis von 50—60 M. für ein Brot wahrscheinlich noch überschritten werden wird um so mehr, da auch die neue Ernte bereits in diese Winterwelle einbezogen worden ist.

Die Agrarier tanzen auf dem Rücken der gesamten deutschen Bevölkerung den Reigen um das goldene Kalb und heimlich gewaltige Profite ein. Ihre Weizen blüht, so daß sie mehr und mehr in Verlegenheit kommen, die gewaltigen Wintergewinne entsprechend an den Mann zu bringen. Was soll man dazu sagen, wenn in einer Bauernversammlung des Bezirksvereins Karlsruhe für den Liter Milch ein Verkaufspreis von 8 M. gefordert wurde. Der christliche Bauernverein zu Baden sowie der christliche Landbund sind sich in dem Verlangen einig, den Milchpreis in den Städten auf mehr als 12 M. hinaufzutreiben. Daß diese Wucherereien unter der Firma des Christentums vor sich gehen, ist charakteristisch. Was wird die Reichsregierung tun, um diesem Treiben, das unter Führung des Reichsunterernährungsministers Hermes vor sich geht, entgegenzuwirken?

Ein Gutachten des Reichswirtschaftsrates über die Zwangsanleihe.

Hilferding mit der Ausarbeitung beauftragt.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichsfinanzminister Hermes hat den Finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates um ein Gutachten über die im Steuerkompromiß vorgesehene Zwangsanleihe erzuht. Der Ausschuss soll sich hauptsächlich mit den folgenden Fragen beschäftigen: Einziehungsgrundlage, Erhebungsort, Termine und Form der Einziehung, Zinsfuß und Ausgabebereich, Amortisation und Lombardfähigkeit. Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates wird sich jedoch nicht nur mit der praktischen Durchführung, sondern auch mit den volkswirtschaftlichen und politischen Folgen der Aufnahme einer Zwangsanleihe beschäftigen. Mit der Vorbereitung eines solchen allgemeinen Gutachtens wurden in der letzten Sitzung des Ausschusses die Mitglieder Dr. Hilferding und v. Mendelssohn betraut. Die Vorbereitungen zu einem Gutachten über die Finanzfragen im Hinblick auf die Konferenz von Genau wurden den Mitgliedern Georg Bernhardt und Staatssekretär zur Disposition Dr. Busch übertragen.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Mitteilung der bürgerlichen Presse über Verhandlungen der Bank- und Industrie über die Aufbringung der Zwangsanleihe sagt der sozialdemokratische Pressedienst, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch keine Gelegenheit gehabt habe, zur Frage der Verankerung eingehende Stellung zu nehmen. Sie werde jedenfalls dahin wirken, daß mit Rücksicht auf den dringenden Geldbedarf des Reiches möglichst bald ein erheblicher Teil der Zwangsanleihe zur Einbringung gelangt und daß der Rest nach Herkstellung der Einkünfte der Vermögen eingezogen wird. Die Voraussetzung zur Annahme des Gesetzes über die Zwangsanleihe werde für die Sozialdemokratie sein, daß festgesetzte Termine und bestimmte Summen in Anspruch gebracht werden.

Volkspartei und Steuerkompromiß.

Die SPD. fordert Klarheit.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstagabend mit dem Steuerkompromiß und besonders mit dem Verhalten einzelner Mitglieder der Deutschen Volkspartei, die in den Steueraussschüssen den Anschein erweckten, als habe das Kompromiß für ihre Fraktion keine Geltung mehr. Nach dem Vorwärts wurden die sozialdemokratischen Mitglieder des Steueraussschusses von der Fraktion beauftragt, in der Freitagssitzung des Ausschusses von der Volkspartei eine Erklärung über ihre Stellungnahme zu dem Kompromiß zu verlangen. Sollte die Volkspartei ihre bisherige Zustimmung verweigern und einen neuen Vorschlag der Unzuverlässigkeit erbringen, dann würden selbstverständlich auch für die Sozialdemokratie alle bisherigen Vereinbarungen, die dem Steuerkompromiß zugrunde liegen, hinfällig.

Die Flucht der Kriegsverbrecher Boldt und Dithmar.

Das dementierte Dementi.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Swinemünder Volkswacht bestritt die Richtigkeit des Dementis der Regierung über den Aufenthalt von Boldt und Dithmar auf dem Dampfer Rajundra. Sie weist nach, daß die Offiziere tatsächlich in Swinmünde waren und daß die Behörde, besonders der Landrat, von ihrem Aufenthalt auf dem Schiff Rajundra unterrichtet war. Gerade deshalb sei auch die Presse durch den Landrat erzuht worden, über den Vorgang einzuschweigen, weil sonst eine Verhaftung durchkreuzt werde. Tatsächlich weilten aber Boldt und Dithmar doch auf dem Schiff und wurden von interessierter Seite gewarnt. Sie hätten sich in die Luftschächte des Schiffes verkrochen und dann der Polizei eine Nase gedreht, als diese das Schiff unentdeckter Sache verlassen mußte.

Die Flucht der beiden Kriegsverbrecher und die Haltung der deutschen Reichsregierung dazu wird von Tag zu Tag wunderlicher. Erst läßt man diese beiden U-Boothelden auf geheimnisvolle Weise in der Kapstadt Raumburg entweichen, indem man ihnen auf noch rätselhaftere Weise Stahlsägen zugehen ließ. Nunmehr wurde ihre Anwesenheit in Steintin mit voller Sicherheit festgestellt. Der Landrat warnt die Presse, das Fahndungsergebnis der Behörden nicht zu durchkreuzen, und trotzdem sind sie entkommen. Der Reichstag wird sich mit dem Verhalten der deutschen Reichsregierung zu den Kriegsverbrechern ernsthaft beschäftigen müssen.

Immer noch gute Zeiten für Mörder?

München, 3. März. (Eigene Drahtmeldung.) Bereits seit einer Reihe von Monaten befindet sich der Hauptmann Schwelbhardt in Untersuchungshaft wegen des Verdachtes des Mordes, begangen an dem Dienstmädchen Sandmeier und dem Genossen Kurt Eisner. Schwelbhardt war seinerzeit von der Tschekoslowakei ausgeliefert worden, ein Beweis, daß der Mordverdacht ein sehr dringender ist. Man hat seitdem von dem Gang der Untersuchung nichts gehört.

Unser Münchner Parteiorgan fragt heute an, ob man etwa eine Flucht à la Dithmar und Boldt veranstalten wolle, und fordert, daß nunmehr die Öffentlichkeit über den Gang der Untersuchung etwas erfahren müsse.

Der Doppelminister Hermes.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern hat eine längere Unterredung des Ministers Hermes mit dem Reichskanzler stattgefunden, in der Hermes über den ganzen Komplex der Steuerfragen berichtete. Bei dieser Gelegenheit ist er neuerdings vorstellig geworden, um eine endgültige Übertragung eines der beiden Ministerien, die er verwaltet, herbeizuführen. Er erklärte, daß er die Verantwortung für die gleichzeitige Führung der Geschäfte dieser zwei wichtigen Ministerien auf die Dauer nicht zu tragen in der

Die Untersuchung gegen Hermes.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung.) Gestützt auf die Mitteilung des Vorwärts vom 26. Februar, daß die vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß gegen den Minister Hermes gemachten Auslagen des Regierungsrates Funke und des Geheimrates Augustin in Widerspruch stehen mit denen des vereinigten Widerrevisors Frommann, hat Genosse Dr. Herz an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses den Antrag gerichtet, beide Zeugen noch einmal und zwar jetzt unter Eid und als weitere Zeugen Dr. Kavallo, Dr. Bittling, Widerrevisor Frommann und Dekonomierat Maus zu vernehmen. Es ist anzunehmen, daß eine Sitzung des Untersuchungsausschusses bald zu diesem Antrag Stellung nehmen wird. Der Vorwärts bringt heute noch weiteres Material gegen Herrn Hermes.

Protest Professor Försters.

München, 3. März. (Eigene Drahtmeldung.) In der Münchner Post protestiert Professor Förster gegen die tendenziöse Veröffentlichung seiner Geandtschaftsberichte an Kurt Eisner durch die Abhandlung des Dr. Dier in den Süddeutschen Monatsheften. Er betont, daß derjenige, der so vorgehe, jedes Recht verweigert habe, von Fälschungen bei den Eisenischen Enthaltungen zu sprechen.

„In Treue fest“.

Neue Organisationen der bayerischen Orgeschleute.

München, 3. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem sich die bayerische Königspartei in eine christlich-föderalistische Volkspartei umgewandelt hat, treten noch andere Wittelsbacher Organisationen ans Tageslicht. So der bayerische Heimats- und Königsbund: In Treue fest, der die mit der ehemaligen bayerischen Königspartei Unzufriedenen in sich aufnehmen will. Dr. Heim soll der Gründung nahestehen.

Das rote Wien.

Von Oskar Pollak, Wien.

Die Frage, die gegenwärtig Oesterreichs Öffentlichkeit beschäftigt, ist nur durch besondere Umstände eine politische geworden. Es ist das Wohnungsproblem, die Suche nach einem Ausweg aus der Wohnungsnot, die augenblicklich die Klassen einander kämpfend gegenüberstellt. Im Nationalrat hat die christlich-sozialistische Regierung einen Entwurf zur „Reform“, das heißt zur Lockerung des Mieterschutzes eingebracht, gegen den die Sozialdemokraten scharfe Opposition ankündigen. Die Wiener sozialdemokratische Gemeindeverwaltung ist im Begriff, eine Wohnbausteuer als Zweitsteuer für kommunalen Wohnungsbau durchzuführen, was die heftigste Obstruktion der christlichsozialen Hausherrnvertreter hervorgerufen hat. So wird die scheinbar nüchterne Angelegenheit zum Objekt des politischen Streites und beleuchtet den latenten Konflikt zwischen dem in seiner Mehrheit agrarisch-bürgerlichen Lande und der zu zwei Dritteln sozialdemokratischen Hauptstadt. Sechs Millionen Einwohner hat Deutschösterreich; davon leben zwei Millionen in Wien. Eine Million Stimmen haben die Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen aufgebracht; davon eine halbe Million in Wien allein. In anderen Ländern mit ihrer Mehrzahl großer Städte erscheint das Verhältnis zwischen einer einzelnen Stadt und dem Staate unerheblich; in Oesterreich schließt der Gegensatz zwischen den schwarzen Bauern, die die bürgerliche Regierungsmehrheit bestellen, und dem roten Wien der Arbeiter einen guten Teil unseres Klassenkampfes ein.

Wien lebt in der Literatur als die Stadt des Weines, der Weiber und der Lieder. Aber in diesem Wien lebte schon, als seine süßliche Sentimentalität noch nicht ganz so erlosen war wie heute, die Mehrheit seiner Bevölkerung, das Proletariat, die elenden Wohnstätten in elenden Wohnungen, ohne Licht und Luft, ohne Spielplätze für seine tuberkulosekranken Kinder. Heute macht ihre kapitalistisch entartete „Gemütslichkeit“ und ihre niedere Bakula diese Stadt zum Dorado der schmutzigsten Geld- und Genußgier, zum Tummelplatz alles internationalen Pads von Eskamern und Schiebern. Aber neben dem Wien der — nur mehr in Auslandsvaluta käuflichen — süßen Mädchen, des — eingeführten — Weins und der — operettenkaffischen — Lieder, das der Bourgeois immer noch sucht und findet, ist längst ein andres Wien entstanden: eine Stadt der Arbeit und der Arbeiter, das Wien, dessen sozialdemokratische Verwaltung unter den schwierigsten Verhältnissen einen heroischen Kampf gegen die Sünden der Vergangenheit, für die Eroberung der Zukunft führt.

Was die Sozialdemokratie 1919 übernahm, war ein Trümmerhaufen. Das vorangehende christlichsoziale Regime des rabiaten, rabauantimilitarischen Kleinbürgerlums, das sich rasch zum fatten Spießbürgertum hinaufgeschwollen, hatte im Krieg, wie sich es für Habsburgerlataien geizt, auf Sieg spekuliert und einzuwickeln die Verwaltung völlig verwahrlosten lassen. Als dann der Zusammenbruch kam, wurde erst recht gerabazu mit böshafter Schadenfreude draußes gewirtschaftet, um den verhassten Nachfolgern die Deckung des riesenhaft angeschwollenen Stadtbudgets zu überlassen. Betriebe ohne Buchführung, ruinöse Anleihen und Geschäfte, verborgene Sünden und Schulden, die erst nach Jahresfrist an allen Ecken und Enden austauchten — das war das Erbe.

Und noch eins: die christlichsoziale Mißwirtschaft war nicht nur ein Regiment der Spießbürgerbeschränktheit und des Wahlschwindsels gewesen. Sie war vor allem auch ein System schrankenloser Korruption und lädenloser Protektionswirtschaft. Selten wurde ein weltanschaulich Beamtenkörper so ausschließlich auf bedingungsloser Unterwerfung unter die herrschende Partei aufgebaut. Da konnte keiner Laternenwärter werden, der nicht mindestens zwei Empfehlungen von Parteigrößen aufzuweisen vermochte; da hielt brutaler Terror, Organisationsverbot und Gesinnungsschnüffelerei jede leiseste Regung unter den städtischen Arbeitern nieder; wer eine sozialdemokratische Zeitung las, lag auf der Straße.

Diesen Stab parteigegnerischer Angestellter und bis vor kurzem geknechteter, indifferenter Arbeiter haben die Sozialdemokraten übernommen. Sie gaben den städtischen Angestellten die Meinungs- und Koalitionsfreiheit, den städtischen Arbeitern den Kollektivvertrag, wiesen beiden den Weg in die Gewerkschaft. Aber die Stadtfinanzen erlaubten kaum einen Sozialdemokraten in den Gemeinbedienst neu einzustellen, kaum einen verknüpferten christlichsozialen Burenkrauten zu pensionieren. So erwies sich eine Verwaltungsreform als die erste und dringendste Aufgabe.

Die christlichsoziale Verwaltung beruhte auf der Trennung des gewählten, beschlußfassenden Gemeinderats vom beamteten, verwaltenden Magistrat, dessen Burenkrauten in Wahrheit die Geschäfte der Stadt besorgten. Die sozialdemokratische Verwaltungsreform hob diese Trennung auf, führte die Demokratie auch in